

## **Cord Pagenstecher**

### **Die Aktivitäten**

in: „NS-Lager entdeckt“. Zwangsarbeiterlager Schöneweide wird historischer Lernort, hrsg. v. Förderverein für ein Dokumentations- und Begegnungszentrum zur NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide e. V., Berlin 2006, S. 22 - 56

(Das vorliegende Manuskript kann geringfügig von der endgültigen Version abweichen. Bitte zitieren Sie ggf. nach der Druckversion!)

Die im Förderverein zusammengeschlossenen Initiativen haben seit 1993 auf vielfältige Weise an die NS-Zwangsarbeit in Berlin und Brandenburg erinnert – teils gemeinsam, teils in jeweils eigenen Projekten. Diese Aktivitäten betrafen Spurensuchen und Archivrecherchen, Bildungs- und Kunstprojekte, Ausstellungen und Begegnungen, Entschädigungs- und Gedenkinitiativen. Sie widmeten sich dem Denkmalschutz, der Öffentlichkeitsarbeit und der konzeptionellen Profilierung. Diese hier nach Arbeitsbereichen exemplarisch skizzierten Teilprojekte sammelten Erfahrungen, Kontakte, Materialien und Ideen für das geplante Dokumentationszentrum und machten es zugleich überregional bekannt. Auf der Internetseite [www.zwangsarbeit-in-berlin.de](http://www.zwangsarbeit-in-berlin.de) findet sich eine chronologische Auflistung der wichtigsten Aktivitäten.

### **Spurensuchen und Quellensammlungen**

Zu Beginn der 1990er Jahre waren der Wissensstand der Initiativen zur NS-Zwangsarbeit in Berlin-Brandenburg ebenso dürftig wie die generelle Forschungslage. Überregional gab es ein Standardwerk von Ulrich Herbert; für Berlin eine Liste der Zwangsarbeiterlager von Laurenz Demps sowie einige Einzelbeiträge, etwa von Helmut Bräutigam – mehr nicht. Die ganze Dimension des nationalsozialistischen Lagerkosmos erschloss sich den neugierigen Forschern erst allmählich. Auch von der Vielfalt der Herkunftsländer und persönlichen Schicksale der Hunderttausenden von Zwangsarbeitern hatten wir zunächst keine Vorstellung. Die beiden wichtigsten methodischen Zugänge waren Spurensuchen nach anderen ‚vergessenen Lagern‘ in der Region und die Kontaktaufnahme mit Zeitzeugen unter den bislang ‚vergessenen Opfern‘ des Nationalsozialismus.

Die **Spurensuchen** begannen zunächst rund um das noch erhaltene Lager in der Britzer Straße. Wir fanden in unmittelbarer Nähe die verrottenden baulichen Reste ehemaliger Zwangsarbeiterlager wie des AEG-Saallagers „Kyffhäuser“ und des KZ-Außenlagers „Loreley“ in der Berliner bzw. Schnellerstraße in Schöneweide. An Standorten anderer Lager, etwa beim großen Ostarbeiterlager in der Hartriegelstraße, begegnete uns eine komplette Umgestaltung und Neubebauung.

Angeregt durch Zeitzeugenberichte, Archivfunde und Partnerinitiativen fahndeten wir auch andernorts nach ‚vergessenen Lagern‘. Der Bund der Antifaschisten Treptow erforschte in mehreren ABM-Projekten Lager- und Firmenstandorte im Bezirk Treptow-Köpenick und stellte eine Quellensammlung mit Kopien von Namenslisten, betrieblichen Anordnungen und Erlassen zusammen. Der Verein Kulturlandschaft Dahme-Spreewald recherchierte zu Lagern und Firmen in Zeuthen, Königs Wusterhausen und anderen Orten südöstlich von Berlin.

Exkursionen führten unter anderem zu den Standorten der Arbeitserziehungslager Großbeeren und Schwetig/Świecko, der Kriegsgefangenenlager Stalag III A und III B in Luckenwalde und Eisenhüttenstadt oder der KZ-Außenlager in Eberswalde und Falkensee. Interessant waren auch Spuren exemplarischer und historisch auffälliger Lager wie des Lagers „Arbeiterstadt Große Halle“, des Durchgangslagers Wilhelmshagen und des Ostarbeiter-Krankenhauses Mahlow. Aus manchen dieser Spurensuchen entwickelten sich Forschungs- und Begegnungsprojekte. Erwähnt sei vor allem die Erforschung der Bosch-Tochterfabrik Dreilinden in Klein-Machnow und der dort als KZ-Häftlinge eingesetzten Warschauerinnen. Aus der Spurensuche von Rudolf Mach und den Interviews von Angela Martin und Ewa Czerwiakowski entstanden zwischen

2002 und 2005 mehrere deutsche und polnische Bücher, Begegnungen, Veranstaltungen und Radiosendungen, eine Gedenktafel und – demnächst – eine Ausstellung im Rathaus. Durch Zeitzeugenberichte motiviert, erarbeitete die Geschichtswerkstatt ein Buch zum bis dato ebenfalls unbekanntem Frauen-Arbeitserziehungslager Fehrbellin. Neben den Lagern suchten wir nach den Einsatzorten und recherchierten zu den verantwortlichen, teilweise bis heute existierenden Unternehmen, etwa zu der einst der Familie Quandt gehörenden Batteriefabrik Pertrix.

Bei der Quellenrecherche in den Archiven fiel auf, dass die Akten zur NS-Zwangsarbeit sehr verstreut und schlecht erschlossen waren. Biografische und subjektive Quellen sowie Fotografien waren fast gar nicht vorhanden. Daher traten wir in Kontakt mit Betroffenenverbänden und Stiftungen, zunächst vor allem in den Niederlanden und Tschechien, dann in Polen, Russland, Belarus und der Ukraine sowie in Italien und Frankreich. Mit deren Hilfe luden wir ehemalige Zwangsarbeiter ein, uns schriftlich ihre Geschichte zu erzählen.

Zwischen 1996 und 2000 konzentrierte sich vor allem die Berliner Geschichtswerkstatt auf die Sammlung und Archivierung von Fotografien und **Erinnerungsberichten** tschechischer, polnischer und ukrainischer Zivilarbeiter. Die Menge eingehender Briefe und Fotos zeigte, wie groß das Bedürfnis der Betroffenen war, die eigene Geschichte zu erzählen, wie dringlich die heute noch Lebenden auf ein Interesse, eine Anerkennung seitens der Deutschen warteten.

Das dadurch entstandene biografisch orientierte Spezialarchiv umfasst derzeit über 1 000 Fotos von ehemaligen Zwangsarbeitern. Dazu kommen rund 90 Erinnerungsberichte aus Weißrussland und der Ukraine, über 100 aus Tschechien und über 200 aus Polen. Darunter befinden sich besonders viele Ego-Dokumente von Frauen, die das weibliche Gesicht der Zwangsarbeit wiederspiegeln. Diese sehr persönlichen, oft erschütternden Erinnerungen sind übersetzt, teilweise sequenziert und verschlagwortet und in Auszügen auch publiziert worden. Verschiedene andere Studien nutzten die auf mehreren Fachtagungen vorgestellten Materialien ebenso wie die daraus entstandenen Kontakte zu Zeitzeugen; eine systematische lokal- und biografiehistorische Analyse steht aber noch aus. Lediglich der privaten Fotografie und ihren Quellenproblemen und Analysemöglichkeiten widmeten sich einige Studien (siehe Literaturliste im Anhang).

Einige der Autoren dieser Erinnerungsberichte wurden später noch intensiver persönlich befragt. Gisela Wenzel und Ewa Czerwiakowski von der Berliner Geschichtswerkstatt machten zwischen 2004 und 2006 mehrere Audio- und Video-Interviews mit ehemaligen Zwangsarbeitern aus dem polnischen Łódź. Zugleich wurde in dem örtlichen Zwangsarbeiterverband und seinem Haus der Generationen ein Kooperationspartner auch für zukünftige Projekte gefunden.

Ferner nahmen Mitglieder des Vereins an Tagungen teil, recherchierten in Archiven, interviewten Zeitzeugen, veröffentlichten Bücher und Aufsätze und warben mit all diesen Aktivitäten auch für das Projekt Schöneweide. Eine Liste der aus der Projektarbeit heraus entstandenen Publikationen findet sich im Anhang dieser Broschüre.

## **Bildungsarbeit und Kunstprojekte**

Bis vor wenigen Jahren zählten Zwangsarbeiter zu den vergessenen Opfern des Nationalsozialismus. Durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ haben einige von ihnen nun eine kleine finanzielle Entschädigung bekommen, aus der aber kein geschichtspolitischer Schlussstrich werden darf. Vielmehr soll die Erinnerung an die NS-Zwangsarbeit bewahrt und als der Teil der historisch-politischen Bildung an Jugendliche – und Erwachsene – weiter vermittelt werden. Der Förderverein entwickelte in den vergangenen Jahren einige pädagogische Projekte, trotz nicht vorhandener Personalmittel und bürokratischer Hemmnisse: So mussten wir für jeden Rundgang über das Gelände einen eigenen Vertrag mit dem Bundesvermögensamt als Eigentümer schließen und den Schlüssel jedes Mal abholen und zurückbringen; größere Bildungsprojekte waren fast gar nicht möglich.

Zu den wichtigsten pädagogischen Maßnahmen zählten öffentliche und gruppenspezifische Rundgänge, Arbeitsgruppen mit Studierenden von Berliner (Fach-)Hochschulen, Spurensuchen und Theaterprojekte mit Schülern, Zeitzeugengespräche und Lehrerfortbildungen.

Förderkreis und Förderverein beteiligten sich mit **öffentlichen Rundgängen** über das Lagergelände am Tag des offenen Denkmals. Die alljährlich fünfzig bis hundert Besucher waren teils denkmalkundlich und historisch interessierte Berliner, teils Bewohner von Schöneweide, die sich über die Geschichte ihrer Nachbarschaft informieren wollten. Manchmal standen die Führungen unter aktuellen Schwerpunktthemen. Im Jahr 2004 etwa hieß der Rundgang „Nicht nur Flick! Rundgang zur Zwangsarbeit für die Familie Quandt.“ Angesichts der damaligen Debatte um die Flick-Collection und den Ursprung des Reichtums der Nachkriegsunternehmer thematisierte die Führung die Familie Quandt, in deren Akkumulatoren- und Waffen-Fabriken Tausende von Zwangsarbeitern, darunter in Schöneweide auch 500 KZ-Häftlinge, eingesetzt wurden.

Außer mehreren Veranstaltungen mit der Volkshochschule Treptow gab es **Führungen für spezielle Gruppen**, darunter eine Delegation der Polnischen Union der NS-Opfer, eine Gruppe des Zwangsarbeiterverbandes aus der Region Moskau, das Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung oder eine ukrainische Schülergruppe. Allein im Jahr 2005 nahmen rund 500 Interessierte an diesen Veranstaltungen teil. **Schulprojekte** zum Thema Zwangsarbeit fanden statt mit dem Oberstufenzentrum Holztechnik in Alt-Glienicke, der Archenhold-Oberschule in Treptow und der Hector-Peterson-Oberschule in Kreuzberg. Fast alle Zeitzeugenbesuche wurden mit Schülergesprächen verbunden, da die Vermittlung ihrer Erfahrungen an die nächste Generationen vielen Überlebenden ein besonderes Anliegen ist.

Bei einem von Anne Barth und Irmtraud Carl organisierten Tag der Offenen Tür im Juni 2004 präsentierten Schüler der Paul-Dessau-Gesamtschule in Zeuthen, des Friedrich-Schiller-Gymnasiums und der Hans-Bredow-Realschule in Königs-Wusterhausen sowie Mitglieder des Interkulturellen Jugendclubs Schalash die von ihnen erarbeiteten Ausstellungen über die NS-Zwangsarbeit. Die Schüler der Kreuzberger Hector-Peterson-Oberschule befragten im April 2005 eine belgische KZ-Überlebende nach ihren Erfahrungen in Schöneweide. Unsere inzwischen leider verstorbene Kollegin Gabi Friedländer führte zusammen mit Schülern der Archenhold-Oberschule Spurensuchen zu Orten der Zwangsarbeit in Niederschöneweide durch und dokumentierte sie in einer Materialmappe. Die Idee, daraus einen selbst erarbeiteten Geschichtspfad Schöneweide zu entwickeln, harrt noch der Realisierung.

Eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Thema war in **Hochschulprojekten** möglich. 1997/98 beschäftigte sich ein dreisemestriger Projektkurs des Fachbereichs Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität Berlin mit dem Thema Zwangsarbeit. Leonore Scholze-Irrlitz und Gisela Wenzel gestalteten die Begegnung von Studierenden mit Zeitzeugen in Prag. Die Ergebnisse dieses Projekts sind in dem Buch *Arbeiten für den Feind* und in einem Videofilm festgehalten. Gabriele Layer-Jung initiierte ein Projekt mit Studierenden der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin-Karlshorst. Sie erstellten im Wintersemester 2002/2003 im Rahmen eines Projektpraktikums ein interaktives 3D-Modell des Lagers. Dabei beschäftigten sich die angehenden Informatiker intensiv mit der Geschichte des Nationalsozialismus und erarbeiteten eigenständig in selbst organisierten Gruppen ein konkretes Projekt. Auch bei der im Wintersemester 2004/2005 folgenden Kooperation mit der Technischen Universität Berlin gelang ein solches interdisziplinäres Lernprojekt. Die Bauaufnahme-Übung anhand einer Baracke integrierte das Thema NS-Zwangsarbeit in das Architektur-Studium und interessierte die Studierenden sowohl für die NS-Geschichte ihrer eigenen Zunft als auch für Fragen der Gedenkstättenarchitektur. Wiederholt besuchten auch Politologie-Studenten der Freien Universität Berlin Schöneweide und diskutierten mit uns über Erinnerungskultur(en).

Bereits im Jahr 2002 war – in Kooperation mit der Universität der Künste – eines von mehreren **Kunstprojekten** gestartet. Die Mitarbeiterinnen des ‚Instituts für Kunst im Kontext‘ entwickelten Ideen für künstlerische Installationen auf dem Lagergelände, die im Rahmen des Sommerprogramms 2002 vorgestellt wurden. Die Zusammenarbeit war bereits vorher entstanden bei dem deutsch-niederländischen Kunstprojekt ‚Der Löffel meines Vaters‘, in dem Sabrina Lindemann und René Klarenbeek den Erinnerungen an holländische Zwangsarbeiter bei Borsig in Berlin-Tegel nachgingen. In veränderter Form setzte Birgit Kammerlohr diese Arbeit unter dem Titel „Halle G“ fort: Jugendliche recherchierten in den zum postmodernen Einkaufszentrum umgebauten ehemaligen Borsig-Hallen nach Spuren der Vergangenheit. 2003 brachte die Stichting Hollanderei schließlich ein zweisprachiges Audiobuch über Rheinmetall-Borsig heraus.

Eindrucksvoll waren die szenischen und theaterpädagogischen Projekte. Marina Schubarth und ein deutsch-russisches Jugendensemble des Club Dialog gestalteten im September 2003 einen Rundgang der Erinnerung-

gen als Kombination aus einer historischen Führung mit szenischer Lesung von Zeitzeugenberichten. In den Baracken präsentierten junge berlin-russische Darsteller die Erinnerungen der ehemaligen Zwangsarbeiter Raissa Stepiko aus der Ukraine und Zdzisław Szubielski aus Polen. Aus diesen Ansätzen entwickelte sich das mit großem internationalem Erfolg agierende Dokumentartheater OST-Arbeiter. Marina Schubarth studierte zudem 2004 auch mit Schülern der benachbarten Archenhold-Oberschule eine szenische Lesung von Erinnerungsberichten ein.

Viele der durchgeführten pädagogischen Vorhaben waren **internationale Bildungsprojekte**. Über mehrere Jahre hinweg kooperierten wir mit dem Projekt „Freiwillig gegen Zwang“ des Vereins Deutsch-Russischer Austausch. Junge Freiwillige aus Polen, Russland und der Ukraine engagierten sich jeweils für ein halbes Jahr in deutschen Nichtregierungsorganisationen auf dem Feld der Erinnerungsarbeit, darunter auch bei Ausstellungen und Begegnungen in Schöneweide sowie in der Nachweissuche für ehemalige Zwangsarbeiter.

Aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz veranstaltete der Deutsche Bundestag im Januar 2005 eine internationale Jugendbegegnung. Knapp 15 junge Freiwillige und ehrenamtliche Gedenkstätten-Mitarbeiter aus verschiedenen Ländern kamen zu einem Rundgang mit Auswertungs-Seminar mit Tanja von Fransecky nach Schöneweide. Ihre Anregungen zu diesem „Gedenkort im Entstehen“ flossen ein in eine Podiumsdiskussion mit Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, Liedermacher Wolf Biermann und dem KZ-Überlebenden und Historiker Arno Lustiger. Zusammen mit dem Netzwerk Migration wirkten wir mit an einem tschechisch-polnisch-deutsches Menschenrechts-Seminar; im August 2005 betreuten wir in Anwesenheit des Berliner Kardinals Sterzinsky eine Aufräumaktion mit einer Gruppe junger Katholiken aus Lateinamerika.

Nicht alle Projektideen konnten aber realisiert werden: So hatte der Förderverein zusammen mit Service Civil International Polen für 2005 eine Deutsch-Polnische Jugend-Konzeptwerkstatt für den entstehenden Erinnerungsort Schöneweide geplant. In einem Study Camp sollten die Erwartungen und Ideen junger Menschen sowie eine europäische Perspektive in die Gestaltung des neuen Erinnerungsortes eingebracht werden. Die dafür beantragte Finanzierung wurde aber abgelehnt.

## **Ausstellungen**

Mehrere Ausstellungen brachten die gesammelten Materialien und Erkenntnisse an die Öffentlichkeit und dienten als Grundlage für pädagogische Projekte und Begleitprogramme. Der erste Schritt war die im Mai 1995 im ‚Vorgarten‘ der Baracke Köllnische/Rudower Straße gezeigte Freiluft-Ausstellung **Das vergessene Lager**. Diese erste Berliner Ausstellung zur NS-Zwangsarbeit entstand am Wohnzimmertisch von Gisela Wenzel mit einem Gesamtbudget von 2 500.- DM aus Mitteln der dezentralen Kulturarbeit. In knapper Form stellte sie die ‚Wiederentdeckung‘ des ‚vergessenen Lagers‘ in den Kontext der Erfahrung der ‚vergessenen Opfer‘ der NS-Zwangsarbeit. Sie wurde später in Schulen, in der Galerie Olga Benario und im Sommer 2002 erneut auf dem Gelände in Schöneweide gezeigt.

Mit Unterstützung der Berliner Geschichtswerkstatt und des Bunds der Antifaschisten Treptow zeigte der Tschechische Verband der Totaleingesetzten im September 1995 seine materialreiche Ausstellung **„Euch, die Ihr es nicht erlebtet...“ Erinnerungen tschechischer FremdarbeiterInnen an Deutschland 1933-1945** in der Berliner Stadtbibliothek. Dies war die erste Ausstellung in Deutschland, in der sich ehemalige Zwangsarbeiter selbst zu Wort meldeten. Sie machte uns auf die vielen privaten Fotografien aufmerksam, die ehemalige Zwangsarbeiter besaßen und die eine höchst interessante Quelle für die Lokal-, Alltags- und Erinnerungsgeschichte darstellen. Ihrer fotohistorischen Interpretation widmeten sich in der Folge einige Aufsätze.

Ebenfalls unterstützt wurde die vom Verein Kontakte – Kontakty e. V. und der Arbeitsgruppe Kirchenkampf und Zwangsarbeit der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg erarbeitete Ausstellung **Ostarbeiter in Berlin**, die zwischen 2000 und 2003 im Roten Rathaus, in verschiedenen Kirchen und in der Zitadelle Spandau gezeigt wurde.

Der Verein Kulturlandschaft Dahme-Spreewald dokumentierte in seiner Wanderausstellung **Erinnerung – Dokumentation – Versöhnung. NS-Zwangsarbeit in der Region Dahme-Spreewald** in den Jahren 2001

– 2003 Zwangsarbeitsfirmen, Zwangsarbeiterlager und Schicksale in Königs Wusterhausen, Schönefeld, Zeuthen und anderen Gemeinden südöstlich Berlins.

Die bisher umfassendste Ausstellung zum Thema wurde vom Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen unter dem Motto **Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945** entwickelt. Zwischen 2002 und 2004 wurde in 10 Berliner Bezirken eine von Helmut Bräutigam erarbeitete, übergreifende Tafelausstellung zur Zwangsarbeit in Berlin gezeigt und durch einzelne vor Ort erstellte Ausstellungsteile zum jeweiligen Bezirk ergänzt. Dabei sind jeweils unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt worden: Das Prenzlauer-Berg-Museum hat ausführliche Zeitzeugen-Interviews in Osteuropa geführt und für die Ausstellung aufbereitet. Das Jugendmuseum Schöneberg hat Dokumente so aufbereitet, dass Jugendgruppen daran selbständig Archivarbeit erproben können. Kreuzberg hat eine interaktive Karte mit Orten der Zwangsarbeit im Bezirk ins Internet gestellt. Anlässlich der Debatte um die Kunstsammlung des Flick-Erben wurde die Ausstellung im Jahr 2004 um sechs Tafeln zur Zwangsarbeit in den Flick-Unternehmen von Helmut Bräutigam und Thomas Irmer ergänzt. In ihrem Kooperationsvertrag mit der Geschichtswerkstatt sagten die Museen im Gegenzug für die umfangreiche Nutzung der Materialien zu, die Ergebnisse ihrer Recherchen der Geschichtswerkstatt zur Verfügung stellen. Wiederholt wurde auch der Wunsch geäußert, die Materialien nach Abschluss der Projekte, wenn sich die Museen wieder anderen Themen zuwenden, in Schöneeweide zusammen zu tragen.

Am 5. September 2005 eröffnete im Königspalast in Warschau die Ausstellung **Erinnerung bewahren. Die Sklaven- und Zwangsarbeit der polnischen Bürger für das Dritte Reich in den Jahren 1939-1945**. Sie wurde unter Mitwirkung der Berliner Geschichtswerkstatt erarbeitet von der Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung, der mit der Entschädigung der polnischen Zwangsarbeitern beauftragten Partnerorganisation der Stiftung EVZ. Im Rahmen dieser Wanderausstellung stellt eine PC-Station das Projekt Schöneeweide vor; ein Video-Terminal zeigt Interviews mit ehemaligen Zwangsarbeitern aus Łódź. Seither ist die Ausstellung durch über ein Dutzend weiterer polnischer Städte gewandert; eine deutsche Version ist in Vorbereitung.

## Begegnungen mit Zeitzeugen

Zu den wichtigsten Arbeitsfeldern der im Förderverein zusammengeschlossenen Initiativen gehörte die Kontaktaufnahme mit Zeitzeugen unter den bislang ‚vergessenen Opfern‘ der NS-Zwangsarbeit. Fast jedes Jahr organisierten wir Begegnungen mit ehemaligen Zwangsarbeitern, die ein großes Bedürfnis haben, den Ort ihrer verlorenen Jugend noch einmal – unter anderen Bedingungen – zu besuchen.

Mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung fand im August 1995 im Rahmen der Ausstellung „Euch, die Ihr es nicht erlebtet“ des tschechischen Zwangsarbeiterverbandes ein Zeitzeugengespräch mit ehemaligen Zwangsarbeitern aus **Tschechien** statt. Aus dieser Begegnung entwickelte sich eine langjährige Freundschaft mit gegenseitigen Besuchen und Teilnahmen an den Jahrestagungen des tschechischen Zwangsarbeiterverbandes.

Im Sommer 1999 kam auf Einladung der Berliner Geschichtswerkstatt eine Gruppe ehemaliger Zwangsarbeiter der Heinkel-Flugzeugwerke aus **Poznań** nach Berlin. Die polnischen Gäste wurden in Reinickendorf vom Stadtrat und in Oranienburg vom Bürgermeister empfangen. Bei der Spurensuche auf dem ehemaligen Lager- und Firmengelände wurden sie von Journalisten und Hobbyhistorikern begleitet. Das Gespräch in der Gedenkstätte Sachsenhausen verdeutlichte die enge Verbindung zwischen den Heinkel-Flugzeugwerken und dem damaligen Konzentrationslager; dem Wunsch der Zeitzeugen nach einem Gedenkzeichen in Sachsenhausen wurde aber nicht entsprochen. Dafür vermittelte der Pfarrer von Germendorf durch ein Gespräch in der Kirche die direkte Begegnung mit der Bevölkerung des Ortes, an dessen Rande einst Fabrik und Lager angesiedelt waren.

Bei einer Studienreise der Projektgruppe ins polnische **Łódź** kam der Kontakt zu einer Gruppe ehemaliger Zwangsarbeiter zustande. Die ehemals bei der AEG eingesetzten Polen besuchten im Mai 2000 Berlin. Das umfangreiche Begegnungsprogramm ist in der zweisprachigen Broschüre „Rückkehr nach Berlin – Eine Dokumentation des Besuchs von 19 ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Łódź“ und in einer Fernsehdokumentation dokumentiert. Dabei gelang es uns, spendenbereite Menschen in Deutschland

zur Übernahme einer Patenschaft mit monatlichen Geldüberweisungen an die Frauen in Łódź zu organisieren.

Im Sommer 2002 war der ehemalige Zwangsarbeiter Bolesław Zajączkowski aus Łódź zu Gast bei der Berliner Geschichtswerkstatt. Ein Höhepunkt dieser Begegnung war das Gespräch mit Schülern in der Archenhold-Oberschule. Im April 2003 fuhren sechs dieser Schüler, begleitet von Anne Barth und Gabi Friedländer, nach Łódź und trafen dort mit ehemaligen Zwangsarbeitern sowie mit polnischen Jugendlichen zusammen.

Im November 2000 saßen zwei polnische Zwangsarbeiterinnen auf dem Podium im Literaturhaus Berlin: Kazimiera Kosonowska aus **Gorzów** und Maria Andrzejewska aus Łódź. Sie waren Autorinnen einer Sammlung von Erinnerungsberichten ehemaliger Zwangsarbeiter, die die Berliner Geschichtswerkstatt herausgegeben hatte und nun der Öffentlichkeit vorstellte. Aus der Spurensuche mit Maria Andrzejewska, die das Frauen-Arbeitserziehungslager Fehrbellin überlebt hatte, entwickelte sich ein eigenes Forschungsprojekt zum Arbeitserziehungslager (AEL) Fehrbellin, das im Jahr 2004 mit einem Buch abgeschlossen wurde. Mit Hilfe von Kazimiera Kosonowska wurde die Zwangsarbeit in Rudow und Adlershof erforscht; 2001 wurde Gisela Wenzel von polnischen Opferverbänden im Museum in Gorzów mit einer Medaille ausgezeichnet. 2003 besuchte Kazimiera Kosonowska zusammen mit Irena Szeliga erneut Berlin und auch das Lagergelände in Schöneeweide.

Im Mai 2002 wurde in **Warschau** das zweisprachige Buch von Angela Martin über die Zwangsarbeit bei der Bosch-Tochter Dreilinden Maschinenfabrik in Klein-Machnow vorgestellt. Die Überlebenden, die nach dem Warschauer Aufstand in das Sachsenhausener KZ-Außenlager Dreilinden verschleppt worden waren, waren Ehrengäste bei der Buchvorstellung in einem zentralen Warschauer Literatureclub.

Schüler der Archenhold-Oberschule korrespondierten mit dem Schriftsteller François Cavanna in **Frankreich**; ein geplanter Besuch des einst in Baumschulenweg eingesetzten Zwangsarbeiters kam aber nicht zustande. Ferner unterstützten wir eine Friedrichshainer Schülersausstellung über französische Zwangsarbeiter und folgten den Spuren des Chansonniers George Brassens in Basdorf bei Berlin.

Seit Februar 2001 unterstützen wir die vom Verein Kontakte e.V. und Marina Schubarth organisierten Spendenaktionen für notleidende Zwangsarbeiter in der **Ukraine**. Bei einer Ukraine-Reise wurden Gelder den Betroffenen direkt übergeben; Treffen mit der ukrainischen Nationalstiftung und Delegierten von Opferverbänden schlossen sich an. Die daraus hervorgegangene Kampagne „Bürger-Engagement für ehemalige Zwangsarbeiter und andere NS-Opfer in Osteuropa“ unterstützt nun vor allem auch die von der Entschädigung grundsätzlich ausgeschlossenen Kriegsgefangenen. Thomas Irmer organisierte mehrere Zeitzeugenbegegnungen, unter anderem – zusammen mit der Initiative Fabrik Osloer Straße – ein Treffen mit dem ehemals dort eingesetzten ukrainischen Zwangsarbeiter Nikolai Tandura, mit Angehörigen von bei einem Bombenangriff umgekommenen Polinnen oder mit ehemaligen Häftlingen des Siemens-KZ in Berlin-Haselhorst.

Im Sommer 2003 stellte Henk van Uitert aus den **Niederlanden** gemeinsam mit Schülern aus Zeuthen das Tagebuch eines in Berlin umgekommenen Kameraden vor. Henk van Uitert war 2001 auf eigene Initiative nach Wildau gereist, um den Ort, an dem er Zwangsarbeit leisten mussten, wieder zu sehen. Er kam über den Bürgermeister in Kontakt zu Irmtraud Carl und damit dem Förderkreis. Zusammen mit Kazimiera Kosonowska und Irena Szeliga nahm er an weiteren Zeitzeugengesprächen in Schulen und anderen Orten teil. Weitere Kontakte zu holländischen Zwangsarbeitern entstanden vor allem mit Hilfe von Johan Meijer und Diète Oudesluijs von der Stichting Holländerei. Aus den bereits im Mai 1995 geführten Gesprächen mit Aart Markus aus den Niederlanden über sein privates Spandauer Fotoalbum entwickelte sich eine längerfristige Beschäftigung mit Fotografie als historischer Quelle zur NS-Zwangsarbeit.

Im Juni 2004 las die als sogenannte „Halbjüdin“ zur Zwangsarbeit bei der Schuhfabrik Salamander eingesetzte Vera Friedländer aus **Berlin** in den Baracken aus ihren Erinnerungen und diskutierte mit Jugendlichen. In dem autobiographischen Roman „Man kann nicht eine halbe Jüdin sein“ gelingt es Vera Friedländer ohne jedes Pathos, ihre und die Geschichte ihrer Familie in der NS-Zeit zu erzählen.

Ebenfalls im Juni 2004 besuchte uns eine Delegation des Verbands ehemaliger minderjähriger Opfer des Faschismus für die Region **Moskau**. Im August 2005 veranstaltete das Heimatmuseum Treptow eine Begegnung mit einem ehemaligen Militärinternierten aus **Italien**.

Im April 2005 begleitete der Förderverein Simone Degueldre, eine Überlebende des KZ-Außenlagers Pertrix aus **Belgien**, in Ravensbrück und Schöneweide. Nach einer Spurensuche an den Standorten des Außenlagers und – erstmals möglich – der heute leerstehenden ehemaligen Batterie-Fabrik Pertrix traf Simone Degueldre mit Schüler einer Kreuzberger Gesamtschule zu einem lebhaften Austausch zusammen. Simone Degueldre stammt aus dem belgischen Widerstand und engagiert sich heute im Internationalen Ravensbrück-Komitee.

Diese Begegnungsprogramme erforderten durch die meist nur rudimentäre finanzielle Unterstützung verschiedener Stiftungen ein großes Engagement bei den überwiegend ehrenamtlich arbeitenden Organisatoren und Betreuern. Sie gewannen dadurch aber nicht nur detaillierte und erschütternde Augenzeugenberichte und Materialien, sondern auch herzliche Kontakte und langjährige Freundschaften. Immer wieder anders gestaltete sich die Mischung aus würdigen Gedenk-Zeremonien, mühsamen Spurensuchen, lebhaften Gesprächen und touristischen Vergnügen. Wir lernten viel über unterschiedliche Erinnerungsmuster und Gedenkbedürfnisse in verschiedenen Generationen und Kulturen. Und jede Begegnung war wieder ein neuer Anstoß für die weitere Arbeit.

### **Engagement für die Entschädigung**

Neben der ideellen Erinnerungsarbeit war dem Förderverein auch eine materielle Kompensation für die Überlebenden wichtig, so dass er den Kampf von Betroffenenverbänden und politischen Gruppen für die Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter unterstützte.

Ehemalige Zwangsarbeiter beschrieben so erschütternd ihre derzeitigen Lebensbedingungen, dass rasch klar wurde: Selbst eine dem historischen Leid völlig unangemessene Entschädigungssumme ist für eine auf 50 Euro Rente im Monat angewiesene Ukrainerin aktuell eine wichtige Hilfe. Die Menschen verbanden ihre Berichte mit höflichen, aber deutlichen Forderungen nach einer Anerkennung und Unterstützung, die uns Ansporn für entsprechendes Engagement war.

Um die Verhandlungen der Opfervertreter mit der deutschen Wirtschaft zu unterstützen und weitere Unternehmen zum Beitritt zu der neugegründeten Stiftungsinitiative zu bewegen, erstellte die Berliner Geschichtswerkstatt 1999 im Auftrag des American Jewish Committee eine **Liste von Berliner Firmen**, die während des Zweiten Weltkrieges Zwangsarbeiter eingesetzt hatten. Diese in vielen Zeitungen abgedruckte, absolut unvollständige Aufstellung von mehreren hundert Firmen war Ausgangspunkt für spätere detailliertere Recherchen über den Ausländereinsatz in der Berliner Wirtschaft.

Vor allem im Winter 2000-2001 stritten die Berliner Geschichtswerkstatt, Kontakte-Kontakty e.V., Marina Schubarth, die Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter und andere Initiativen mit einer Vielzahl von **Aufrufen**, Veranstaltungen, Ausstellungen und Demonstrationen für eine rasche Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter, so etwa im März 2001 mit dem Aktionstag „Fünf nach Zwölf“. Später unterstützten sie die praktische Durchführung und insbesondere die **Nachweissuche** der Berliner Landeskoordinierungsstelle für die Zwangsarbeiter-Entschädigung durch ihr Spezialwissen und halfen den Überlebenden, die von der Entschädigung ausgeschlossen wurden, durch die Initiative „Bürger-Engagement für NS-Zwangsarbeiter“.

Insbesondere engagierte sich der Förderkreis Schöneweide für die **Italienischen Militärinternierten**, die von der Bundesregierung von den Entschädigungszahlungen ausgeschlossen wurden. Bei einem Workshop im November 2003 diskutierten Experten aus Deutschland und Italien über die Geschichte und die Nicht-Entschädigung der Italienischen Militärinternierten sowie über Möglichkeiten der Bildungsarbeit und Kooperation zu diesem Thema. Mehrere öffentliche Diskussionsveranstaltungen mit dem Rechtsanwalt Lau und anderen Entschädigungsinitiativen versuchten in den Folgemonaten, die Klagen der Betroffenen vor dem Verwaltungsgericht zu unterstützen – leider ohne Erfolg.

Insgesamt war die intensive, teilweise unwürdige und für einige Opfergruppen sehr unbefriedigende Debatte um die Zwangsarbeiter-Entschädigung ein zentraler Wendepunkt für die Durchsetzung des Erinnerungsortes Schöneweide. Nur diese auch in der Presse und der lokalen Politik geführte Diskussion erweiterte das gesellschaftliche Geschichtsbild so, dass eine staatlich finanzierte Gedenkstätte für NS-Zwangsarbeiter politisch durchsetzbar wurde.

## Gedenktafeln und Erinnerungsinitiativen

Die bisher aus dem kollektiven Gedächtnis gestrichene NS-Zwangsarbeit sollte, so das Ziel des Fördervereins, in der öffentlichen Erinnerung sichtbar werden. Die erste Gedenkzeremonie fand in **Schöneeweide** schon bald nach Projektbeginn statt: Fünfzig Jahre nach Kriegsende, am 8. Mai 1995, besuchte eine Gruppe niederländischer Zwangsarbeiter auf Initiative des Vereins Stichting Holländerei das Barackengelände in Schöneeweide, wo sie gemeinsam mit Botschafts- und Bezirksvertretern ihrer verstorbenen Kameraden gedachten. Ein dauerhaft erkennbares öffentliches Gedenkzeichen fehlte aber. Erst sechs Jahre später, am 27. Januar 2001, wurde bei einer Veranstaltung der Initiativen mit der Abgeordnetenhausfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und Vertretern des Bezirksamtes Treptow-Köpenick eine provisorische Gedenktafel am Zaun des Geländes enthüllt. Am 11. Juli 2001 wurde sie durch eine offizielle Gedenktafel des Bezirks ersetzt. Seitdem ist das Gelände als Ort offiziellen Gedenkens an die Opfer der Zwangsarbeit fest in der Erinnerungskultur der Stadt verankert. Diese Tafel wird aber immer wieder beschmiert, unter anderem auch mit rechtsradikalen Parolen. Treptow-Köpenick ist Sitz der NPD-Bundeszentrale und einer der Aktivitätsschwerpunkte der rechtsradikalen Kameradschaften in Berlin.

Angesichts der Allgegenwart der Tausenden von Zwangsarbeitsfirmen und Zwangsarbeiterlagern im nationalsozialistischen **Berlin** ist eine Vielzahl von Gedenktafeln und Informationsschildern an konkreten historischen Orten besonders geeignet, die Erinnerung an dieses massenhafte Unrecht ins Straßenbild und in den Alltag zu holen. Auch den Zeitzeugen war es stets ein besonderes Anliegen, am Ort ihres persönlichen Leidens ein würdiges Erinnerungszeichen zu sehen. Daher unterstützte der Förderverein regelmäßig die Bemühungen um die Installation von Gedenktafeln auch in anderen Berliner Bezirken (siehe die Übersichten von Schönfeld und Scheer in der Literaturliste). So erinnert das Bezirksamt Charlottenburg seit Juli 2000 mit einer Gedenktafel in der Joachimsthaler Straße an eine Gruppe tschechischer Zwangsarbeiter, die hier beim Einsatz in der „Technischen Nothilfe“ ums Leben gekommen sind. Eine Spandauer Initiative errichtete nach langen Diskussionen mit Bezirkspolitikern am 8. Mai 2004 ein Denkmal auf dem Gelände des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers „Große Halle“ im heutigen Waldkrankenhaus. Im Juni 2002 gestaltete die Berliner Geschichtswerkstatt mit Boleslaw Zajaczkowski aus Łódź auf dem Parkfriedhof von Marzahn eine Gedenkzeremonie für hier beerdigte polnischen Zwangsarbeiterinnen. Seit September 2004 ist hier eine würdige Gedenkanlage entstanden.

Zwei neue Denkmäler liegen wie Schöneeweide im Bezirk Treptow: Im Oberstufenzentrum Holztechnik, einer auf dem Gelände eines Zwangsarbeiterlagers eingerichteten Schule in Altglienicke, errichteten die Schüler im Sommer 2002 eine als „Denkzeichen Zwangsarbeit“ bezeichnete gebäudeartige Erinnerungs-Installation. Die auf dem Gelände eines großen Reichsbahnlagers gelegene Kleingartenkolonie am Adlergestell errichtete 2003 ein aus Überresten eines Splitterschutzgrabens zusammengestelltes Denkmal.

Auch **im Berliner Umland** gibt es solche Initiativen. In der Gedenkstätte für das Arbeitserziehungslager Großbeeren finden regelmäßige Treffen mit vor allem französischen Überlebenden statt. Der Heimatverein Kleinmachnow sorgte für die Erinnerung an das KZ-Außenlager der Firma Bosch in Dreilinden. Seit Januar 2002 erinnert auf Initiative von Helmut Fritsch ein Denkmal in Hennigsdorf an den massenhaften Einsatz von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern in der Rüstungsindustrie. In Fehrbellin dagegen weist noch heute nichts hin auf das dortige Frauen-Arbeitserziehungslager der Gestapo.

Die meisten dieser Gedenkzeichen entstanden vor Ort aus dem Engagement von Schülern und Anwohnern oder von Zeitzeugen heraus. Sie können freilich nur knappe Informationen vermitteln und zur inhaltlichen Vertiefung auf einen zentralen Erinnerungsort mit Ausstellungen und einer kontinuierlichen Bildungsarbeit verweisen. Gleichzeitig brauchen die hinter Tafeln und Denkmälern stehenden Initiatoren die organisatorische Unterstützung und das professionelle Fachwissen eines Dokumentationszentrums.

## Denkmalschutz und Baugeschichte

1995, also schon bald nach der ‚Entdeckung‘ des Lagers und den ersten Ausstellungen und Veranstaltungen der Projektgruppe gelang es, den gesamten, 3,3 ha großen Lagerkomplex wegen seiner historischen und architektonischen Bedeutung in die Berliner Denkmalliste eintragen zu lassen. Eine den Denkmalschutz flankierende, öffentlich sichtbare und institutionalisierte Erinnerungsarbeit gab es aber nicht; Die teilweise

leer stehenden Baracken blieben von Verfall und **Abriss** bedroht. Der Bezirk sah ein historisches Zwangsarbeiterlager eher als Imageproblem und plante Schul- und Wohnbebauung auf dem Gelände; die gewerblichen Nutzer wollten ihre Gebäude ohne einengende Auflagen modernisieren können. Ein auf dem Gelände angesiedeltes Autohaus errichtete eine gläserne Schaufenster-Fassade und ließ trotz Denkmalschutz im Jahr 2000 eine Baracke abreißen. Die bezirkliche Denkmalpflege war dagegen nicht eingeschritten. Wenn der Verein damals eine größere Öffentlichkeit mobilisiert hätte, wäre dieser – aus Sicht der Bauhistoriker besonders bedauerliche – Verlust der Denkmalssubstanz vielleicht zu vermeiden gewesen. Umso aufmerksamer verfolgten wir seither das Schicksal von noch erhaltenen Zwangsarbeiterbaracken, ob in Schöneeweide oder andernorts.

Unsere ersten Veranstaltungen und Ausstellungen konzentrierten sich auf die **Baracke Kölnische/Ecke Rudower Straße**, die mit ihren teilweise erhaltenen Kellerinschriften, Fenstern und Mauerteilen die historisch wertvollste Originalsubstanz auf dem ansonsten stärker überformten Lagergelände ist. Zudem unterstützte D. Werner, der damalige Barackenmieter, unsere Erinnerungsarbeit solange, bis er seine feinmechanische Werkstatt aufgeben musste. Diese besonders wichtige Baracke wurde 2001 von der Treuhandanstalt privatisiert und verfällt seither.

Da demgegenüber die gesamte **westliche Lagerhälfte** nach dem Auszug des Impfstoff- bzw. Robert-Koch-Instituts ab 1996 leer stand, verlagerte sich der Schwerpunkt der Vor-Ort-Aktivitäten hierher. In diesem weniger in der Bausubstanz als im Ensemble-Charakter eindrucksvollen Lagerteil gab es nicht nur Platz für Rundgänge und andere Veranstaltungen; wir hofften auch, dass die Bundesrepublik Deutschland als Eigentümerin ihrer historischen Verantwortung gerecht würde und das Erinnerungsprojekt unterstützen würde. Diese aber schrieb das – einst teilweise durch Arisierung in Reichsbesitz gekommene – Grundstück im Jahr 2002 zum Verkauf aus.

Der Förderkreis trieb unterdessen nicht nur die allgemeinhistorische Forschung voran, sondern untersuchte auch das Gelände selbst mit Hilfe von Kooperationspartnern an den Universitäten: In Kooperation mit der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (FHTW) entstand im Wintersemester 2002-2003 ein interaktives 3D-Modell des ehemaligen Lagers. Anhand der von den Initiativen bereitgestellten historischen Dokumenten entwickelten die Studierenden am Computer eine **elektronische Rekonstruktion**, die einen virtuellen Rundgang durch das ehemalige Zwangsarbeiterlager ermöglichte. Anschaulich wurde dadurch nicht nur, wie der historische Ort ausgesehen haben könnte, sondern auch die – auch in anderen Gedenkstätten immer wieder diskutierte – Frage: Ist ein glaubwürdiger Rückbau des authentischen Ortes möglich?

Im Wintersemester 2004-2005 kooperierte der Förderverein mit dem Institut für **Baugeschichte** des Fachbereichs Architektur an der Technischen Universität Berlin. Eine Gruppe von Studierenden unter Prof. Dr. Cramer maß eine Baracke aus, um bauliche Veränderungen in der Nachkriegszeit zu identifizieren. Durch Baubeobachtungen und kleinflächige Befundöffnungen konnte im Rahmen des Studienprojekts die ursprüngliche Grundriss-Situation geklärt werden. Die von den studentischen Arbeitsgruppen abschließend entwickelten Umbau-Ideen für die Baracken waren anregend. Die Ergebnisse wurden dem Förderverein zur Verfügung gestellt und gingen ein in die anschließende, professionelle bauhistorische Untersuchung. Die von uns in die Diskussion gebrachte Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der TU und ihrem studentischen Architekturbüro „Baupiloten“ wurde zunächst nicht realisiert, da es aus Zeit- und Kostengründen keinen Architekten-Wettbewerb gab und das SPI als Bauträger mit Heinrich Rother vom Büro Rother+Rother einen anderen Partner ausgewählt hatte. Mit diesem entwickelte sich rasch eine produktive Zusammenarbeit, bei der der Förderverein Materialien, Kenntnisse und Erfahrungen mit dem Gelände zur Verfügung stellen konnte.

Im März 2005 begann die **bauhistorische Untersuchung** durch unser Vereinsmitglied Axel Drieschner und seiner Kollegin Barbara Schulz. Das unter anderem durch Forschungen zum STALAG III B in Eisenhüttenstadt profilierte Team sichtete Luftbilder und Archivquellen, vermaß Baracken und Fundamente, nahm Befundöffnungen und Farbproben. Der bereits Ende April 2005 vorgelegte Zwischenbericht bildete eine wesentliche Grundlage für die Planungen zur baulichen Umgestaltung. Anfang 2006 legten die Bauhistoriker ihren Abschlussbericht vor; parallel begannen weitere Untersuchungen zu den Baracken der östlichen Lagerhälfte.

Ebenfalls ab März 2005 fanden monatliche Jour-Fixe-Sitzungen der mit dem Baugeschehen besonders befassten Zuständigen statt, an denen der Förderverein regelmäßig mitwirkte. In detailreichen Absprachen mit Architekten, Denkmalpflegern, Senatsdienststellen, Bauträgern und Sanierungsbeauftragten wurden das gewünschte Raumprogramm, Aspekte des Denkmalschutzes, Anforderungen der Bildungsarbeit, Ideen zur Freiflächengestaltung und andere Fragen diskutiert. Dabei achteten wir besonders auf einen angemessenen und besucherfreundlichen Umgang mit dem historischen Ort.

Zum Weiterlesen: Axel Drieschner und Barbara Schulz, Barackenlager Niederschöneweide - Ergebnisse der bauhistorischen Untersuchung, in: Stiftung Topographie des Terrors (Hrsg.), Das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeiterlager Berlin-Schöneweide. Zur Konzeption eines Erinnerungs- und Denkortes, Berlin 2006 (in Vorbereitung).

## Überzeugungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Seit der ‚Entdeckung‘ des Lagers, vielmehr seiner historischen Bedeutung als letztem erhaltenen Zwangsarbeiterlager, im Jahr 1993, versuchten die Initiativen, die sich später zum Förderkreis bzw. Förderverein zusammenschlossen, durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit die Idee eines Erinnerungsortes bekannt zu machen und Verbündete für die Realisierung dieses Projekts zu finden. Dazu gehörten einerseits Anfragen bei und Gespräche mit Verantwortlichen von Bezirk, Land und Bund sowie von Gedenkstätten, Stiftungen und Botschaften, andererseits Veranstaltungen und Aufrufe für die Presse und die interessierte Öffentlichkeit.

Im November 1994 lud der Bund der Antifaschisten Treptow zu einer **Informationsveranstaltung** mit Historikern und Denkmalpflegern in die Begegnungsstätte PRO ein. Über Aufrufe in Lokalzeitungen wurden Zeitzeugen in der Nachbarschaft gesucht, leider ohne Erfolg. „NS-Lager entdeckt“ – diese Überschrift der *tageszeitung* vom 21. November 1994 illustrierte fünf Jahrzehnte nach Kriegsende auch den Umgang mit der Geschichte der NS-Zwangsarbeit in beiden deutschen Staaten.

Im Frühsommer 1995 machte die Freiluft-**Ausstellung** *Das vergessene Lager* auf dem Lagergelände erstmals Anwohner und die weitere Öffentlichkeit auf die Geschichte der Baracken aufmerksam. Zugleich wurde damit die Grundlage für eine jahrelange Zusammenarbeit der Berliner Geschichtswerkstatt mit dem Bund der Antifaschisten in Treptow gelegt. Insbesondere Gisela Wenzel und Hanna Mauer trieben das Projekt seither kontinuierlich voran. Mit Unterstützung beider Vereine zeigte der Tschechische Verband der Totaleingesetzten im August/September 1995 seine Ausstellung zu den Erinnerungen tschechischer Zwangsarbeiter. Beide Ausstellungen und die entsprechenden Begleitveranstaltungen fanden in der Berliner Presse entsprechende Resonanz. 1995 war Schöneweide auch erstmals Thema von parlamentarischen Anfragen im Berliner Abgeordnetenhaus und der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Treptow. Doch weiter geschah nichts; der Bezirk verwies auf das Land, das Land auf den Bezirk.

Erst sechs Jahre später kam wieder Bewegung in die Sache. Angesichts der internationalen Debatte um die Zwangsarbeiter-Entschädigung Ende der 1990er Jahre wuchs der Druck auch auf das Land Berlin, sich zu seiner historischen Verantwortung zu bekennen. Bei der Presse fanden die Initiativen in dieser Phase ein offenes, wenn auch nicht immer informiertes Ohr. Vor allem Alice Ströver und andere Politiker der Bündnisgrünen sorgten nun dafür, dass in den ersten Monaten des Jahres 2001 endlich Bewegung in das Projekt eines Dokumentationszentrums kam. Am 1. Februar 2001 forderte das Berliner **Abgeordnetenhaus** den Senat auf zu prüfen, „ob und wie unter historischen und finanziellen Gesichtspunkten eine Informations- und Dokumentationsstelle in Gebäuden des einzigen in Berlin erhaltenen Zwangsarbeiterlagers in Niederschöneweide in Zusammenarbeit mit einschlägig aktiven Gruppen und Organisationen eingerichtet werden kann. Dem Abgeordnetenhaus ist darüber bis zum 31. Mai 2001 zu berichten.“ Am 2. Mai 2001 hatte sich außerdem die BVV Treptow zu dem Projekt bekannt und am 11. Juli 2001 eine Gedenktafel aufstellen lassen – Treptows Kulturstadträtin Eva Mendl unterstützte das Projekt, vor allem auch privat, seither sehr engagiert.

Der am 3. Juli 2001 dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Senatsbericht hielt die Erhaltung des Baracken-Ensembles für „höchst wünschenswert“ und schlug vor, „eine der sechs ehemals vom Robert-Koch-Institut genutzten Baracken als ‚Dokumentationsstätte Zwangsarbeit‘ mit einer kleinen Ausstellung sowie einem

EDV-gestützten Archiv mit Dokumenten und Zeitzeugenaussagen auszubauen.“ Angesichts der angespannten Berliner Haushaltslage sollten aber die Bundesrepublik Deutschland und die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ für die Finanzierung sorgen. Wegen der anstehenden Neuwahlen wurde der Bericht nicht mehr diskutiert; das Projekt blieb zwar auf der Agenda, wurde aber nicht vorangetrieben.

Darauf hin schlossen sich die an dem Projekt beteiligten Initiativen am 11. Juli 2001 zu einem **Förderkreis** zusammen, der fortan gemeinsame Aktivitäten organisierte und publik machte. Faltblätter und die von Cord Pagenstecher aufgebaute und betreute Webseite [www.zwangsarbeit-in-berlin.de](http://www.zwangsarbeit-in-berlin.de) informierten über den historischen Ort, die erinnerungspolitischen Ziele und die konkreten Aktivitäten. Die im November 2001 eingerichtete Internetseite wurde zunehmend erweitert, auf italienisch und polnisch übersetzt und mit rund 6 000 Seitenzugriffen pro Monat auch rege besucht. Dazu kommen die ebenfalls inhaltsreichen und vielgenutzten Homepages der im Förderverein zusammengeschlossenen Einzelprojekte. Seit Januar 2001 verbindet die von Bernhard Bremberger moderierte Mailingliste NS-Zwangsarbeit mehrere hundert Fachleute und Interessierte im In- und Ausland.

Neben der Entschädigungs-Debatte waren es dann die Neuwahlen im Land Berlin, die das Projekt voranbrachten. In der Koalitionsvereinbarung von SPD und PDS für die Legislaturperiode 2001-2006 vom 8. Januar 2002 wurde Schöneweide aufgenommen. Unter Punkt 23 „Kulturstadt Berlin“ hieß es dort: „Die Koalition unterstützt die Pläne zur Errichtung einer Gedenk-, Informations- und Dokumentationsstätte zur Zwangsarbeit in NS-Deutschland in Niederschöneweide.“ Am 24. April 2002 besuchte der neue **Kulturse-nator** Flierl das ehemalige Zwangsarbeiterlager und wurde fortan zu einem engagierten Unterstützer des Projekts. Am 28. November 2002 forderte das Abgeordnetenhaus den Senat erneut zur „Sicherung des NS-Zwangsarbeiterlagers Niederschöneweide als Denkmal und Begegnungsstätte“ auf – zunächst ohne wesentliche Resonanz.

Der Förderkreis intensivierte seine Öffentlichkeitsarbeit. Er legt eine vorläufige Konzeption vor und machte das Projekt durch Führungen, Aufsätze, Vorträge und Gespräche auch in der überregionalen Fachöffentlichkeit bekannt. Jährliche Sommerprogramme zeigten, wie lebendige Erinnerungsarbeit vor Ort funktionieren könnte. Am 24. Mai 2004 wurde im Abgeordnetenhaus aus dem bisherigen Förderkreis der **Förderverein** für ein Dokumentations- und Begegnungszentrum zur NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide gegründet. Damit stand dem Senat – neben den seit 11 Jahren engagierten Initiativen – nun ein eingetragener Verein als Partner zur Verfügung. Zu den Mitgründern zählten u.a. Walter Momper, Mitglieder des deutschen Bundestages, des Berliner Abgeordnetenhauses und des Bezirksamtes Treptow-Köpenick, die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, der VVDN-BdA, der Zentralrat der Juden, das Centrum Judaicum, die Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter und andere Institutionen.

Vier Tage später, am 28. Mai 2004, besichtigte der Kulturausschuss des Abgeordnetenhauses in Anwesenheit des Kultursenators, der Staatssekretärin für Stadtentwicklung und des Direktors der Topographie des Terrors das Lagergelände. Alle Anwesenden bekräftigten den politischen Willen, das Grundstück zu erwerben und ein Dokumentations- und Begegnungszentrum einzurichten. Zwischen den Senatsverwaltungen gab es allerdings noch unterschiedliche Vorstellungen zur Umsetzung. Am 14. Juni 2004 kündigte der Kultursenator im Kulturausschuss unter Zustimmung aller Fraktionen an, das Grundstück zu erwerben und ein Dokumentationszentrum zu errichten, das an die Stiftung **Topographie** des Terrors angebunden werden solle. Am 21. Dezember 2004 wurde dies in einem schriftlichen Senatsbericht an das Abgeordnetenhaus bekräftigt und konkretisiert. Anfang 2005 begann die Detailplanung unter Regie der Topographie des Terrors. Der Förderverein begrüßte diese haushaltsrechtlich begründete Anbindung an eine etablierte Stiftung, drängte aber auf ein Mitspracherecht bei der weiteren Konzeption.

Nach 12 Jahren Projektarbeit wurde im Jahr 2006 tatsächlich eine Gedenkstätte zur NS-Zwangsarbeit eingerichtet. Das Land Berlin stellte – trotz knapper Kassen – jährlich 360 000 Euro für den Betrieb des Dokumentationszentrums zur Verfügung. Dies ist ein großer und ein erstaunlicher Erfolg der Initiativen. Ermöglicht wurde er durch eine Verbindung von hartnäckigem und kreativen Engagement, dem Zusammenwirken unterschiedlicher professioneller und bürgerschaftlicher Aktiven und einer durch die internationale Entschädigungsdebatte begünstigten politischen Konstellation. Nichtsdestotrotz kommt die Etablierung eines Erinnerungsortes für die mehr als zehn Millionen Zwangsarbeiter ebenso wie die finanzielle Entschädigung um Jahrzehnte zu spät.

## Konzeptionsarbeit und Profilierung

Bald nach der ‚Entdeckung‘ des ‚vergessenen Lagers‘ war klar, dass die Baracken nicht nur erhalten, sondern denkmalgerecht genutzt werden sollten. Welche Nutzung könnte dafür angemessener sein als ein Ort der historischen Erinnerung an die NS-Zwangsarbeit, die – wie das Lager selbst – jahrzehntelang vergessen oder vielmehr verdrängt worden war? Berliner Geschichtswerkstatt und Bund der Antifaschisten schlugen daher in der 1995 präsentierten Freiluft-Ausstellung vor, „aus dem letzten komplett erhaltenen Zwangsarbeiterlager Berlins einen historischen Lernort zu machen. Das hieße Denkmalschutz für die gesamte Barackenanlage, ein Expertenhearing und weitere Forschung sowie die Einrichtung einer ständigen Ausstellung, langfristig eines Dokumentationszentrums“. Damit waren bereits die Kernpunkte benannt, die in den folgenden konzeptionellen Diskussionen allmählich zu konkretisieren waren.

Die Unterschutzstellung des gesamten Komplexes des Doppellagers 75/76 wurde formal zwar bereits 1995 erreicht; die faktische Bewahrung der Bausubstanz und die didaktisch-gestalterische Einbeziehung des Gesamtgeländes und seines Umfelds blieben – und bleiben – aber dringliche Aufgaben.

Da zur Zwangsarbeit in Berlin-Brandenburg bis Mitte der 1990er Jahre fast keine Studien vorlagen, konzentrierten sich die Initiativen zunächst auf die Forschung im regionalen Umfeld, zumal sie keine Nutzungs- oder Gestaltungsrechte auf dem Gelände besaßen. Neben Archivrecherchen und Kontakten zu Betroffenenverbänden suchten wir den wissenschaftlichen Austausch. Da dieses Thema an den Berliner Universitäten kaum auf Interesse stieß, wurden ehrenamtliche Initiativen zu wichtigen Partnern. Sie organisierten Expertentreffen, bei denen ein Netzwerk von Menschen entstand, die lokalhistorische Neugier, Interesse für die Betroffenen und Engagement für deren Entschädigung miteinander verband. Auf das 1995 von der Stichting Holländerei organisierte **Symposium** folgte 2001 ein von Bernhard Bremberger initiiertes Treffen in Berlin-Gropiusstadt. Erweitert um Brandenburger Initiativen fand das dritte Symposium im Januar 2002 im Kulturhaus Wildau statt.

In Kooperation mit vielfältigen eigenständigen Erinnerungsinitiativen entstanden nach und nach die **Bausteine** zu einem Gesamtprojekt. Bei der Quellendokumentation, der Organisation von Begegnungen und der Bildungsarbeit stand die Anregungs- und Vermittlungstätigkeit zu eigenen Gruppen in anderen Orten und Bezirken im Zentrum. Nur gemeinsam mit vielen engagierten Lokalhistorikern konnten Firmen- und Lagerlisten erarbeitet und Zeitzeugenfragen geklärt werden. Klar ist aber: Diese bislang weitgehend ehrenamtlich geleistete Vernetzungsarbeit braucht einen räumlichen Kristallisationspunkt und ein Mindestmaß an institutioneller Kontinuität. Der authentische Ort steht nicht für sich alleine; ohne ihn hängen aber Schülerprojekte ebenso wie Begegnungen in der Luft.

Nachdem nun vielfältige Projekte der Forschungs-, Begegnungs- und Entschädigungsarbeit im Gang waren, konzentrierten sich die Expertengespräche im Rahmen des **Sommerprogramms 2002** auf konkretere Zielsetzungen eines Erinnerungsortes. Kooperationspartner und Interessierte, Privatpersonen und Einrichtungen wie Jugendmuseum Schöneberg, Jugendbegegnungsstätte Ravensbrück, Deutsch-Russischer Austausch oder Museumspark Rüdersdorf, tauschten bei informellen Sommergesprächen in den leeren Baracken Erfahrungen aus und diskutierten neue Ideen. Dabei ging es um Vermittlung, Gestaltung, Sammlung und Forschung: Welche pädagogischen Erfahrungen gibt es in den Bereichen der lokalen Zwangsarbeiterforschung, der Gedenkstättenpädagogik und der antirassistischen Bildungsarbeit? Welche Gestaltung soll der authentische, aber exemplarische Ort des letzten Berliner Zwangsarbeiterlagers erfahren? Welche Rolle kann ein Dokumentationszentrum für die zukünftige Zwangsarbeiter-Forschung in Berlin spielen?

Einige Ergebnisse dieser Diskussionen bestimmten das weitere Vorgehen. Leitlinie des Fördervereins wurde das prozessuale Vorgehen bei der Vorbereitung des Dokumentationszentrums. Im Sinn einer Projektwerkstatt wurden pädagogische Module entwickelt und vor Ort ausprobiert. In Kooperation mit vielfältigen eigenständigen Initiativen sollten sich nach und nach die Bausteine zu einem Gesamtprojekt zusammenfügen – durchaus im Gegensatz zum vermeintlich professionellen Ansatz einer von Experten durchdachten und fertig präsentierten Konzeption. In den Folgejahren wurde dies in mehreren Projekten umgesetzt (siehe Abschnitt „Bildungsarbeit“). Daneben nahmen Mitglieder des Fördervereins an Gedenkstättenseminaren teil, besuchten andere Einrichtungen und traten so in einen auch überregionalen Erfahrungsaustausch ein.

Ergänzt durch architektonische Überlegungen des Architekten Gerd Weber und der Planergemeinschaft Dubach/Kohlbrener sowie Kostenschätzungen von Jürgen Lindner von der Stiftung SPI entwickelte sich

aus den Sommergesprächen 2002 ein **erstes Konzept**, das der Förderkreis im November 2002 dem Senat und der Öffentlichkeit vorlegte. Das unter dem Motto „Erinnerung – Dokumentation – Begegnung“ stehende Konzept zielte vor allem auf eine finanziell und stadtplanerisch realisierbare Umsetzung. Grundidee war die Einbettung des Dokumentationszentrums in ergänzende Nutzungen wie ein Jugendhotel, Ateliers oder eine Ausbildungswerkstatt, die mit dem Barackengelände denkmalgerecht umgehen, sich aber selbst finanzieren und damit die Gesamtanierung wirtschaftlich tragen sollten. Dieses Konzept konnte letztlich in seiner Kompromisshaftigkeit weder inhaltlich noch wirtschaftlich völlig überzeugen. Es bot der Politik aber eine konkrete Diskussionsgrundlage – die 1995 formulierte Idee eines Dokumentationszentrums war nun kein bloßes Hirngespinnst mehr. Im März 2003 wurde das gesamte Projekt durch einen Artikel im Gedenkstättenrundbrief in der bundesweiten Fachöffentlichkeit bekannt gemacht. Die Planungen innerhalb der Senatsverwaltungen schritten nun voran. Im Mai 2004, also anderthalb Jahre später, legte Kultursenator Flierl ein klareres Konzept vor, das die Gedenkstättennutzung ins Zentrum stellte und dafür auch die finanzielle Verantwortung übernahm.

Um dieser organisatorisch-baulichen Konkretisierung auch eine inhaltlich-konzeptionelle Präzisierung bei Seite zu stellen, konstituierte sich im November 2004 eine **Strategie-Arbeitsgruppe** innerhalb des Fördervereins. Anhand der Begriffe Museum, Gedenkstätte und Dokumentationszentrum diskutierten wir die Aufgaben der geplanten Einrichtung, insbesondere die Einrichtung einer Sammlung und eines Tagungshauses. Die vorgeschlagene Prioritätensetzung in der zunächst vor allem mit Zeitzeugen arbeitenden Forschung und in der aktivierenden Bildungsarbeit sollte das Profil der Einrichtung schärfen. Weitere Debatten drehten sich um die Auswirkungen des relativ peripheren Standorts, um Erwartungen verschiedener Besuchergruppen (Schüler, Forscher, Angehörige, Touristen) und um die Einbettung in die sich wandelnde Berliner und überregionale Gedenkstättenlandschaft. Darauf basierend wurden auch Grundlagen eines Raumprogramms und bestimmter Anforderungen an die bauliche Gestaltung formuliert. Diese ehrenamtliche Konzeptionsgruppe war sehr produktiv, stieß aber in ihrem Zeitbudget deutlich an die Grenzen des vielgerühmten „bürgerschaftlichen Engagements“. Sie war kein Ersatz für die seit langem geforderte hauptamtlich bezahlte Stelle zur Entwicklung eines Gedenkstättenkonzepts. Die dafür vom Kultursenat bereits für 2004 in Aussicht gestellten Mittel waren aber nicht vorhanden.

Erst im Sommer 2005 berief die Stiftung Topographie des Terrors – mit der nun zur Verfügung stehenden Unterstützung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ – einen **Internationalen Beirat**. Vertreter von Universitäten, Gedenkstätten und Stiftungen aus Deutschland, Polen, Tschechien, USA und Israel diskutierten auf drei Sitzungen am 17./18. August 2005, am 30./31. Oktober 2005 und am 16./17. Januar 2006 die Konzeption des geplanten Erinnerungsortes. Unter den Mitgliedern fanden sich einige der von den Initiativen vorgeschlagenen engagierten Experten; der Geldgeber hatte aber auch auf eine möglichst ‚repräsentative‘ Zusammensetzung gedrängt.

Der Förderverein hatte bei der Topographie eine gleichberechtigte Vertretung mit Stimmrecht gefordert, erhielt aber – mit dem Verweis auf die angestrebte Unabhängigkeit des Internationalen Beirats – nur einen Gaststatus. Gabriele Layer-Jung nahm die Aufgabe wahr, an den Sitzungen teilzunehmen. Daneben wirkten Vereinsmitglieder im Auftrag der Topographie bei der Vorbereitung und Protokollierung der Sitzungen mit. Tanja von Fransecky, Daniela Geppert und Cord Pagenstecher teilten sich zwischen August 2005 und März 2006 einen Werkvertrag; neben der organisatorischen Arbeit trieben sie – im Rahmen ihrer begrenzten Einflussmöglichkeiten – auch die inhaltliche Konzeption und die Forschung voran. Viel Wissen und einige Ideen der Initiativen werden dadurch hoffentlich in die Arbeit des nun institutionalisierten und personell neu besetzten Erinnerungsortes eingehen.

Die intensiven Beratungen der Beiratsmitglieder brachten Fortschritte in der Konzeption des Dokumentationszentrums. Allerdings konzentrierten sie sich sehr stark auf die bauliche Umgestaltung, zu der detaillierte, freilich nicht immer umsetzbare Empfehlungen ausgesprochen wurden. Problematisch war dabei der aufgrund der großen Verzögerungen eingetretene Zeitdruck, durch den die Bauplanung vor die inhaltliche Konzeption rückte. Die den Initiativen besonders wichtigen Themen der Bildungs- und Netzwerkarbeit wurden demgegenüber deutlich vernachlässigt. Wir hoffen, dass dies nicht das zukünftige Profil der Einrichtung charakterisiert.